

**Ansuchen um Gewährung und Auszahlung eines Beitrages für die  
ordentliche Tätigkeit im Jahr \_\_\_\_\_**

(gemäß Verordnung über die Gewährung von Beihilfen,  
genehmigt mit Beschluss des Gemeinderates Nr. 04 vom 27.02.2012)

Der/die unterfertigte \_\_\_\_\_

wohnhaft in \_\_\_\_\_ Straße \_\_\_\_\_ Nr. \_\_\_\_\_

gesetzlicher Vertreter von (genaue Bezeichnung und Anschrift der Organisation):

**e r s u c h t**

um die Gewährung und Auszahlung eines Beitrages für die Ausübung der ordentlichen Tätigkeit laut der geltenden  
Verordnung. Zu diesem Zweck werden der Bericht über die Tätigkeit im Vorjahr und das Tätigkeitsprogramm für  
das laufende Jahr mit dessen Finanzierung vorgelegt

**Folgende Angaben über die eigene Organisation werden mitgeteilt:**

Steuernummer<sup>1</sup> \_\_\_\_\_ Mehrwertsteuernummer \_\_\_\_\_

Beitrag zu überweisen auf das Bankkonto lautend auf \_\_\_\_\_ bei

folgender Bank \_\_\_\_\_ IBAN \_\_\_\_\_

Gesetzlicher Vertreter \_\_\_\_\_ Tel. \_\_\_\_\_

Kontaktperson für Rückfragen der Gemeinde \_\_\_\_\_ Tel. \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Gründungsjahr \_\_\_\_\_ Anzahl der eingeschriebenen Mitglieder \_\_\_\_\_

(davon in der Gemeinde Kastelruth: \_\_\_\_\_)

Wird vereinsintern eine Rechnungsprüfung vorgenommen? ja  nein

(Zutreffendes ankreuzen)

Eine Ablichtung der Gründungsurkunde und der geltenden Satzungen ist bereits bei der Gemeinde hinterlegt.

Eine Ablichtung der Gründungsurkunde und der geltenden Satzungen wird diesem Ansuchen beigelegt.

**Ausdrücklich und in eigener Verantwortung erklärt der/die Unterfertigte (Zutreffendes ankreuzen):**

- die Organisation arbeitet ohne Gewinnabsichten und ist demokratisch aufgebaut;
- die Ämter und Funktionen innerhalb der Organisation werden durch Wahl bestellt und ehrenamtlich ausgeübt;
- die erhaltene Beihilfe wird ausschließlich für den Zweck verwendet, für den sie gewährt wird;
- der Gemeindebeitrag wird ausschließlich für institutionelle und nicht kommerzielle Tätigkeiten gemäß den geltenden Steuerbestimmungen verwendet (in Hinblick auf die Anwendung des Vorsteuereinbehaltes gemäß Art. 28 D.P.R. vom 29.09.1973, Nr. 600);
- die Mehrwertsteuer ist nicht abzugsberechtigt, weil es sich um Tätigkeiten handelt, die nicht unter jene fallen, die in den Artikeln 4 und 5 des D.P.R. vom 26.10.1972 Nr. 633 aufgezählt sind (Tätigkeiten und Berufsausübungen);
- er/sie kennt den Inhalt der Gemeindeverordnung über die Gewährung von Beihilfen an Körperschaften und Private (Beschluss Gemeinderat Nr. 4 vom 27.02.2012) und nimmt sämtliche dort angeführten Bedingungen an;
- er/sie kennt die Verpflichtungen im Zusammenhang mit den Transparenzpflichten von öffentlichen Beiträgen i.S. des G. Nr. 124 vom 04.08.2017 und Rundschreiben des Ministeriums für Arbeit und Soziales Nr. 2 vom 11.01.2019;

\_\_\_\_\_ (Datum, ggfl. Stempel und leserliche Unterschrift)

<sup>1</sup> Wenn der Verein keine Steuernummer hat, muss die Steuernummer des Präsidenten/Obmannes/Vorsitzenden o.ä. angegeben werden.

**BERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT IM VORJAHR \_\_\_\_\_**

a) Tätigkeit: Veranstaltungen, Initiativen, usw. (der Tätigkeitsbericht kann auch beigelegt werden)

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

b) Zusammenfassender Rechnungsabschluss des Vorjahres

**EINNAHMEN**

Beschreibung	Euro
- Mitgliedsbeiträge	
- Landesbeiträge	
- Gemeindebeiträge	
- Einnahmen aus Vereinstätigkeit	
-	
-	
<b>Summe</b>	

**AUSGABEN**

Beschreibung	Euro
- Verwaltungs- und Betriebsspesen	
- Ausgaben für die durchgeführten Tätigkeiten	
-	
-	
-	
-	
<b>Summe</b>	

<b>DIFFERENZ</b>	
------------------	--



Verarbeitung personenbezogener Daten: Mit der Unterschrift dieses Formulars erklärt der/die Unterfertigte die Information gemäß Artikel 12, 13 und 14 der EU-Verordnung 2016/679 (welche in den Räumlichkeiten des Rathauses der Gemeinde Kastelruth und unter dem Link [www.kastelruth.it](http://www.kastelruth.it) konsultiert werden können) für Verarbeitungstätigkeiten, die besondere Kategorien von personenbezogene Daten und/oder personenbezogene Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten betreffen, erhalten zu haben und der Verarbeitung der Daten zuzustimmen.

**Aufklärung in Bezug auf Kontrollen:** Im Sinne des L.G. 17/93 (Transparenzgesetz) kann die Gemeinde stichprobenartige Kontrollen der genehmigten Gesuche durchzuführen. Im Rahmen der Stichprobenkontrollen werden mindestens sechs Prozent der Ansuchen der Beitragsempfänger im Sinne des Artikels 2 des LG Nr. 17/1993 überprüft

**Der/die Unterfertigte ist sich in Bezug auf alle Erklärungen seiner/ihrer persönlichen Verantwortung und der strafrechtlichen Folgen gemäß Gesetz Nr. 15/1968 in geltender Fassung im Falle unwahrer oder unvollständiger Angaben bewusst.**

\_\_\_\_\_  
(Ort und Datum)

\_\_\_\_\_  
(leserliche Unterschrift des/der gesetzlichen Vertreters/in)